

Montag: 04.02.2013 / 16:15 – 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion

Diskutanten:

Elke Hoff, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses, Berlin

Ulrich Benterbusch, Direktor des Global Energy Dialogue, Internationale Energieagentur, Paris

Andreas Brabeck, Leiter Energiepolitik RWE AG, Essen

Moderation:

Mario Schmidt, NDR, Hamburg

Dokumentation:

Dr. Emmanuel I. Ede

- Herr Schmidt: Wie wir gehört haben, gibt es eine ganze Menge von möglichen Gründen, welche die Energieversorgung weitaus anfälliger macht, als wir uns das wünschen. Wie ist Ihre Meinung dazu und mit welchen Eingangsthesen steigen Sie heute hier in die Diskussion ein?
- Frau Hoff: Meiner Ansicht nach ist die Rohstoffsicherung in erster Linie eine Frage von Verträgen und zwischenstaatlicher Diplomatie. Wenn Transportwege durch das Eingreifen staatlicher oder nicht-staatlicher Akteure gefährdet werden, können meiner Meinung nach im äußersten Fall auch staatliche Zwangsmittel auf der Basis des internationalen Rechts sowie innerhalb eines Bündnisses eingesetzt werden.
- Herr Benterbusch: Meine Eingangsthese lautet, dass die globalen Energiemärkte von kurzen bis mittelfristigen Veränderungen und Unsicherheiten geprägt sind. Für Europa ist - mit Blick auf Russland - die Diversifikation der Versorgung ein wichtiges Element. Aber ohne russisches Gas und Öl wird es in Europa keine Energiesicherheit geben.
- Herr Brabeck: Mir ist es wichtig zu betonen, dass die Zeit nationalstaatlicher Alleingänge in der Energiepolitik vorbei ist. Deutschland hat sich ohne vorherige Abstimmung mit den europäischen Nachbarländern für die Energiewende entschieden. Darüber sind unsere europäischen Nachbarn entsetzt. Der Umbau der Energieversorgung kann meiner Ansicht nach nur dann gelingen, wenn wir stärker europäisch denken und handeln. Der Strommarkt ist längst europäisch, die Rohstoffe werden international gehandelt und nationalstaatliches Denken hat keinen Platz mehr in der Energiepolitik. Wir sollten die Energiewende daher also als europäisches Projekt angehen.
- Herr Schmidt: Herr Benterbusch, Sie haben in ihrem Eingangsstatement gesagt, dass unsere Energiesicherheit auch in Zukunft von russischem Gas abhängen wird. Stellt diese Abhängigkeit aus Ihrer Sicht kein Problem dar?
- Herr Benterbusch: Solange wir Gas importieren müssen, sind wir abhängig und das stellt natürlich eine potentielle Verwundbarkeit dar. Ich glaube aber nicht, dass die Russen Interesse daran haben, das Gas als politische Waffe gegen uns zu nutzen. Wir beziehen bereits seit 40 Jahren Öl und Gas von Russland und ich kann nicht erkennen, dass Russland für die Bundesrepublik Deutschland ein unzuverlässiger Partner gewesen wäre.
- Man muss jedoch auch berücksichtigen, dass es in den letzten zehn Jahren auf den globalen Energiemärkten eine Zeitenwende gegeben hat. Aufgrund des Preisanstiegs des Öls ist es auch beim Gas zu einem massiven Preisanstieg gekommen, da der Gaspreis bekanntlich an den Ölpreis gekoppelt ist. Aber das

Verhalten Russlands als besonders schwierig zu bezeichnen, geht meiner Ansicht nach zu weit.

Herr Schmidt: Müssen wir vor dem Hintergrund, uns neue Rohstofffelder erschließen zu müssen jetzt auch mit Partnern zusammenarbeiten, die uns eigentlich gar nicht so recht sind?

Frau Hoff: Die Energiesicherheit unseres Landes ist unser originäres, nationales Interesse und es wäre naiv anzunehmen, dieses mit anderen Postulaten - wie z.B. dem Schutz der Menschenrechte oder der Pressfreiheit - zu vermischen. Wir müssen uns also auch mit Staaten auseinandersetzen, die nicht unseren Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entsprechen. Solange dies auf einer seriösen und soliden vertraglichen Basis möglich ist, wird uns nichts anderes übrig bleiben.

Herr Schmidt: Werden die Amerikaner vor dem Hintergrund der zunehmenden Selbstversorgungsmöglichkeiten durch die Gewinnung von Schiefergas ihr Interesse am Nahen Osten verlieren? Und werden sich die Europäer deswegen im Nahen Osten stärker militärisch engagieren müssen?

Frau Hoff: Der amerikanische Präsident Barack Obama hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er sich in seiner letzten Amtszeit vor allem darauf konzentrieren möchte, die Situation im eigenen Land in den Griff zu bekommen. Die Amerikaner sind nicht mehr dazu bereit, die Sicherheitsprobleme anderer Länder auf eigene Kosten zu lösen. Aber ich glaube nicht, dass die USA sich jetzt nur noch um sich selber kümmern werden. Der Westen sitzt in einem gemeinsamen Boot und wird es meiner Einschätzung nach auch noch viele Jahre und Jahrzehnte bleiben. Entscheidend ist, wie wir in Zukunft die immer weniger werdenden Mittel einsetzen. Die Attacke in Algerien hat deutlich gemacht, dass die öl- und gasfördernden Unternehmen in Zukunft wesentlich höhere Kosten aufwenden müssen, um ihre Infrastrukturen zu schützen. Man sollte nicht der Illusion erliegen, dass der Schutz der kritischen Infrastrukturen nur von den Streitkräften übernommen werden könnte. Daher werden wir uns in Zukunft darüber unterhalten müssen, wer was macht.

Herr Schmidt: Herr Brabeck, wie sehen Sie diese Diskussion als Vertreter eines Privatunternehmens?

Herr Brabeck: Wir Energieunternehmen denken bislang eher auf der taktischen als auf der strategischen Ebene. Wir schauen also erst einmal auf die für uns näher liegenden Dinge wie z.B. die Entwicklung des Unternehmens und die Wirtschaftlichkeit. Ich glaube aber, dass wir nicht dem Trugschluss erliegen dürfen, dass wir - durch Partnerschaften, vertragliche Regelungen oder militärische Einsätze - langfristig einen Vorteil für Deutschland gegenüber anderen Ländern sicherstellen können. Langfristig sehe ich die Lösung nur über den Wohlstandzuwachs auf der ganzen Welt. Nur der Wohlstand auf Basis einer nachhaltigen Energieversorgung kann eine Befriedung der Welt herbeiführen.
